

fierung vorgebracht. Max Adler betont in der „Arbeiter-Zeitung“, 1. Jänner 1919, daß der Sozialismus nur durchführbar sei in einem Lande des Überflusses, des gesellschaftlichen Reichtums, und gibt zu bedenken, daß Rußland, Deutschland und Österreich in Trümmerstätten verwandelt wurden. Der Zeitpunkt sei daher ungünstig, der Sozialismus will als Spender wie ein Himmelsbote kommen, wenn er aber heute sein Programm verwirklichen will, kann er nicht sein Versprechen einlösen, daß die Menschen besser leben werden als früher, sondern muß die Opferwilligkeit aller im höchsten Grade in Anspruch nehmen. Max Adler erteilt seinen Genossen folgenden Rat: „Darum erschiene es viel dringender, das leidenschaftlich umstrittene Thema des Tempos der Sozialisierung nicht dem der Herstellung einer Einheitsfront des Sozialismus voranzustellen.“ Die Sozialdemokraten sind sich daher selbst noch nicht klar, ob sie zur Sozialisierung schreiten werden, wenn sie bei den Wahlen die Mehrheit erlangen. Um diese Frage wird noch gestritten. Daraus kann man ersehen, welches unehrliche Spiel die Sozialdemokratie treibt, wenn sie die Sozialisierung geradezu in den Mittelpunkt ihres Wahlprogrammes stellt.

Bedenken gegen eine allgemeine Sozialisierung.

Der sozialdemokratische Wahlaufruf erweckt bei den Arbeitern den Glauben, daß der Bergesellschaftlichung der Fabriken und Industriebetriebe und der Verteilung des Reingewinnes zwischen den Angestellten und dem Staate nur ein Hindernis am Wege steht, nämlich das heutige Stärkeverhältnis der Parteien. Heute müssen die Sozialdemokraten die Herrschaft im Staate mit den bösen Christlichsozialen und Deutschfreiheitlichen teilen. Die Wahlen für die Nationalversammlung sind nun in den Augen der irreführten Arbeiter das Mittel, um eine sozialistische Mehrheit zu erringen, und damit die Sozialisierung durchzusetzen. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß im sozialdemokratischen Lager selbst eine heillose Verwirrung über das Tempo und den Umfang der Sozialisierung herrscht, und daß es nur eine Augenauswischerei ist, wenn das Wahlprogramm derartige Hoffnungen bei der Ar-

beiterschaft erweckt, die der Sozialismus nicht erfüllen kann. Woher soll der Staat das Geld für die Ablösung der großkapitalistischen Produktionsmittel hernehmen? Sollen die Schulden noch größer werden? Wenn das Wahlprogramm auf die progressive Einkommensteuer verweist, so scheinen die Entdecker dieses Vorschlages wohl zu vergessen, daß nicht einmal zur Tilgung der Kriegsschulden eine solche Steuer ausreichen wird, und daß ein Staat mit so zerrütteten Finanzen wie wir, an ein solches Experiment sich nicht wagen wird, bei dem die Henne geschlachtet wird, die dem Staat die goldenen Eier in der Form von hohen Steuern legen soll. Max Adler warnt seine Leute, sich in ein so unsicheres Geschäft einzulassen, bei dem die Arbeiter noch größere Opfer bringen müssen als früher. Der Sozialismus könnte höchstens dann einen Versuch machen, wenn wir uns im Überflusse befänden und wir im Reichtum ersticken. Auf diesen Trümmern des Wirtschaftslebens ein sozialistisches Haus aufzubauen, das wäre heller Wahnsinn.

Einsichtige Sozialdemokraten verkennen auch nicht diese Schwierigkeit, selbst Kautsky und Hilferding, die doch zu den strengsten Marxisten gehören, warnen vor einer Überstürzung, da sonst dem sozialistischen Staate die Probleme über den Kopf wachsen werden. Sie wollen Schritt für Schritt vordringen. Zuerst dort beginnen, wo der Kapitalismus zur höchsten Konzentration gekommen ist. Der Sozialist Fischer schrieb (Sozialistische Monatshefte 1904, I, 296): „Es ist klar: Der Gedanke, die ganze privatkapitalistische Produktion, dieser ungeheure Mechanismus, der aus Hunderttausenden und Millionen von Rädern und Nädchen besteht, die sich im Verlaufe von einem halben Jahrtausend ineinandergefügt haben, in wenigen Tagen oder Monaten oder Jahren übernehmen und neu organisieren wollen, das grenzt nicht an Wahnsinn, das ist Wahnsinn“. Wenn aber die Sozialisierung keine allgemeine sein soll, dann ist es unverständlich, den Arbeitern so große Versprechungen zu machen, wie es im Wahlaufzuge geschieht, obgleich man im vorhinein weiß, daß es sich nur um Sozialisierung jener Privatmonopole, wofür auch die christlichsoziale Partei eintritt, handelt, und daß alles übrige in nebelgrauer Ferne liegt. Will aber die Sozialdemokratie nur eine teilweise und langsame Soziali-

fterung versuchen, und zum Teil die privatkapitalistische Produktion bestehen lassen, dann müßte die sozialistische Republik den Kapitalisten die Gewähr geben, um die kapitalistischen Betriebe überhaupt zu ermöglichen, und dann würde die Sozialdemokratie mit ihrem eigenen Programm in Widerspruch geraten. Von einer solchen Halbheit wollen begreiflicherweise die konsequenten Sozialisten nichts wissen, denn das würde eine teilweise Abhängigkeit der verstaatlichten Betriebe vom Großkapital zur Folge haben. Keine Industrie besteht allein, ohne wirtschaftliche Zusammenhänge mit anderen. Eine Fabrik kann keinen Tag in Betrieb sein, ohne Zufuhren von anderen Betrieben, ohne Rohstoffe und Kohle. Eine teilweise Sozialisierung kann daher aus unserer Erörterung ausgeschlossen bleiben. Die nachfolgenden Einwände richten sich somit gegen den Vorschlag einer allgemeinen Sozialisierung, wie er im sozialdemokratischen Wahlprogramm ausgesprochen ist. So bestechend und beachtenswert der Gedanke sein mag, daß die Gesamtheit, das ganze Volk der Eigentümer aller Großbetriebe, und daß das ganze Wirtschaftsleben von einer Zentrale geleitet wird, so sprechen doch die schlimmsten Bedenken gegen diesen sozialdemokratischen Vorschlag. In erster Linie bedeutet diese neue Wirtschaftsordnung eine große Gefahr für die persönliche Freiheit. Eine der wichtigsten Voraussetzungen wird die Festsetzung des Bedarfs sein müssen, um einer Anarchie in der Produktion zu begegnen. Man wird es nicht vermeiden können, daß die oberste Zentralbehörde den Bedarf auf Art und Masse der Produkte durch einen Machtspruch festsetze. Eine Uniformität im Konsum wird die nächste Folge sein. Man ließ sich im Kriege, in der Zeit der Not, den Einheitschuh, das Einheitskleid, die Einheitsküche gefallen, doch im allgemeinen beruht die persönliche Freiheit darauf, daß man selbst nach Gutdünken bestimmen kann, wie man sein Leben in Bezug auf Kost, Kleidung, Wohnung, Bildungsmittel u. s. w. einrichten will. Es ist nicht zu leugnen, daß aller intensiver Fortschritt der Kultur in dem Sonderbedürfnis einzelner seinen Anfang genommen hat. Dieser wesentliche Faktor der Kultur-entwicklung wird übersehen. Nicht jeder Luxus ist schädlich und verdammenwert. Oft ist das, was bei einzelnen als auffallende Verfeinerung des Lebens getabelt wird, alsdann nach-

geahmt, und zu einem Bedürfnisse der großen Massen geworden. Daß die Bedarfsbestimmung im sozialistischen Staate nicht leicht sein wird, hat Bebel selbst eingesehen, da er die Lösung von dem Verschwinden der eigentlichen Luxusartikel erwartet und die Befriedigung neuer Bedürfnisse von einer Entscheidung der Gesamtheit abhängig machen will. (Bebel, „Die Frau“, S. 3.) Von einer Freiheit der Bedarfsbestimmung kann aber dann keine Rede sein. Schlimmer ist aber die Freiheitsbeschränkung, die die Arbeiter auf sich nehmen müssen. Die Übertragung der sozialdemokratischen Parteiherrschaft auf jede Fabrik kann zu den schwersten Mißbräuchen führen. Überläßt man die Wahl der Arbeit jedem einzelnen, so wird alles den leichteren, angenehmeren, ehrenvolleren Beschäftigungen zufließen. Eine Ungleichheit am Lohn wird den Ausgleich nicht herbeiführen. An die Stelle der Abhängigkeit des Arbeiter von einem Kapitalisten wird die Abhängigkeit von der Parteiregierung treten, die manchmal noch despotischer sein kann. Wenn in einer Fabrik der Anteil am Gewinn zurückgeht, dann wird ein Abströmen von derselben nicht aufzuhalten sein. Andererseits wird dort ein größerer Zudrang herrschen, wo eine günstige Konjunktur herrscht. Wird nicht dort jeder „hinausfliegen“, der den Machthabern nicht paßt? Ohne angestrengte Arbeit und größte Sparsamkeit im Verbräuche von Arbeitsmitteln gibt es kein Auskommen und keinen wirtschaftlichen Fortschritt. Auch im sozialistischen Staate dürfen Sparsamkeit und Arbeitsamkeit keine unbekannteren Begriffe sein. Ohne Zwang, ohne Beschränkung der Freiheit, ohne einen komplizierten Kontrollapparat kann es keine Sparsamkeit mit den Arbeitsmitteln geben. Ebenso wird eine bürokratische Organisation, ein Heer von Beamten notwendig sein, um die Arbeit zu regeln. Die freigewählten Arbeiterausschüsse werden an der Verwaltung der verstaatlichten Betriebe nur mitwirken. Ihnen zur Seite werden Organe stehen, die von der Allgemeinheit gewählt werden und die auf stramme Unterordnung bringen müssen. Von der Teilung des Reingewinnes erwarten wir uns keine große Belebung des Pflichtgefühles und der Sparsamkeit mit den Produktionsmitteln, um auf jede Einschränkung der persönlichen Freiheit zu verzichten. Die Summe, die bei einer solchen

Teilung auf jeden einzelnen Kopf kommt, wird zu gering sein, um das Privatinteresse so zu beeinflussen, wie es bei einer geordneten und rentablen Produktion sein soll. Es ist nur zu fürchten, daß bei einer vollkommenen Materialisierung des Denkens und Lebens der Arbeiterschaft, wie sie der sozialdemokratischen Weltanschauung entspricht, die Parole, von der sich die Arbeiterausschüsse werden leiten lassen, heißen wird „Wenig Arbeit, hohe Löhne, viel Genuß“; und daß dann der Bankrott der Sozialisierung mit einer gewissen Naturnotwendigkeit kommen wird.

Ein weiteres Bedenken gegen eine allgemeine Sozialisierung besteht in dem Mangel eines großen Apparates von Menschen, die die Fähigkeiten haben, solche Betriebe im Interesse der Allgemeinheit zu leiten und zu führen. Die Sozialdemokraten übertragen gern einzelne Züge aus dem heutigen Leben (den Einfluß der Führer, die Disziplin der Massen, den Eifer mancher Genossen für die Partei) auf den zukünftigen sozialistischen Staat, was aber vollständig verfehlt ist. Was haben die sozialistischen Führer bisher für praktische Aufgaben gelöst? Oft nur Kritik vor einer großen Menge Unzufriedener geübt. Ihre Autorität war leicht aufrecht zu erhalten. Wenn aber die Führer ihre Versprechungen einlösen, dann wird der Appell an die Einsicht, an Selbstzucht, an die Opferwilligkeit oft wirkungslos sein, so daß die Führer große Machtbefugnisse brauchen, um sich durchzusetzen. Auch in den Fabriken wird es einer festen Hand bedürfen, um möglichst alle jene Unternehmerfunktionen zu übernehmen, die für die Erhaltung und das Gedeihen des Betriebes notwendig sind. Aber in vielen Fällen wird selbst der pflichteifrigste und mit großen Vollmachten ausgestattete Beamte nicht immer den Unternehmer, der ein viel größeres persönliches Interesse hatte, ersetzen können. Gerade in jenen Produktionszweigen, wo neue Entschlüsse und Verfügungen notwendig sind, wo neue Verhältnisse sich ergeben, wird ein besoldeter Beamter nie ganz den Unternehmer ersetzen können. Nur dort, wo es nach der alten Schablone geht, wo die Regelung der Produktion in ein festes Geleise gekommen ist, sind die Voraussetzungen für die Sozialisierung gegeben. Die Zentralenwirtschaft im Kriege, die sich nur auf die Beschaffung und Verteilung

der Rohstoffe bezog, hat nur einen Vorgeschnack von dem gegeben, was uns zu teil wird, wenn der Erwerbstrieb ein Monopol einer Behörde auch bei der Produktion wird. Die Sozialdemokraten, die die eifrigsten Verteidiger der Zentralen waren, dürfen nicht sagen, daß die Fehler der Zentralen nur in das Schuldbuch des Kapitalismus geschrieben werden dürfen. Sie waren Eingriffe in die menschliche Freiheit, die sich bitter rächen mußten, wie alles, was dem Wesen der Natur Gewalt antun will.

Gegen eine allgemeine Sozialisierung spricht aber auch unsere gegenwärtige wirtschaftliche Lage. Der Weltkrieg hat unsere ganze Wirtschaft zerrüttet und die Wiederaufnahme des Friedensbetriebes wird auf so große Schwierigkeiten stoßen, so daß die Sozialisten schon aus dem Grunde es sich überlegen werden, in dieser unsicheren Lage den Sprung ins Dunkle zu machen. In der Wiener „Arbeiter-Zeitung“, 11. Dezember 1918, schrieb ein reichsdeutscher Mitarbeiter: „Man darf nicht bankerotte Unternehmungen sozialisieren, sondern man muß sich vorsehen, daß man mit der Sozialisierung großen sichtbaren Nutzen erzielt. Nur dann können wir den tiefen Eingriff klugerweise machen. Wir müssen uns mehr als jemals vorher vor Schablonisierung hüten. Wir müssen begreifen, daß die Schablonisierung in der Agitation vielleicht nicht zu umgehen ist, daß sie aber bei der Verwirklichung unserer Ziele zu einer Gefahr werden kann, vor allem nach dem Kriege, der die tiefsten Erschütterungen der Volkswirtschaft zur Folge gehabt hat.“ Sogar der sozialistische Staatssekretär in Berlin August Müller erklärt, „daß die Zeit nicht reif sei für Experimente. Namentlich müsse vor einer Sozialisierung der Bodenreichtümer, so der Kohlenbergwerke, dringend gewarnt werden, weil wir damit heute nur unseren Feinden in die Hand arbeiten würden. Die Entente respektiere das Privateigentum, nehme aber jedes Staatseigentum in Anspruch. Deshalb würde eine beschleunigte Verstaatlichung der Kohlenbergwerke mehr als ein Verbrechen sein. Sie wäre eine Dummheit.“ Wenn in Deutschland die Mehrheitssozialisten selbst von einer allgemeinen Sozialisierung in dem jetzigen Zeitpunkte nichts wissen wollen, dann ist die hochtrabende Forderung unserer Sozialisten bezüglich der allgemeinen Sozialisierung wohl nicht ernst zu nehmen. Übrigens

richtet sich damit auch die Freude über den Anschluß an die „große deutsche sozialistische Volksrepublik“, deren Vertreter den Mut haben, die ungeduldbigen Arbeiter bezüglich der Sozialisierung ad kalendas graecas, somit abermals auf einen unbestimmten Zeitpunkt zu vertrösten. Was der Sozialist Fischer vor Jahren schrieb, gilt heute sowohl für Deutschland, wie auch für Deutschösterreich, eine allgemeine Sozialisierung wäre heute, wo wir ein armes Volk geworden sind, Wahnsinn. Wir brauchen zum Aufbau unserer Volkswirtschaft fremden Kredit, fremde Rohstoffe. Die Kapitalisten in Amerika und Japan werden uns aber nicht einen Dollar schicken, wenn bei einer allgemeinen Sozialisierung sie keine Gewähr für die Einlösung der Schulden besitzen. Was die Gesamtheit, der Staat an Geld aufbringt, wird kaum genügen, um die Zinsen unserer Kriegsschulden zu zahlen und um unsere zerrütteten Finanzen zu verbessern. Die ausländischen Kapitalisten werden sich aber nicht herbeilassen, um der schönen Augen sozialistischer Menschen willen uns Geld zu borgen, wenn die Produktionsmitteln den Privaten weggenommen sind. Auswärtiges Geld werden nur private Gesellschaften, einzelne Unternehmer erhalten, deren bisherige Geschäftstüchtigkeit und Organisationskraft sich erwiesen hat, und die ein Unterpfand für die Kreditforderungen bieten. Die Bolschewiki in Rußland, sowie die Spartakusleute in Berlin wissen auch ganz gut, daß eine Sozialisierung, die auf ein Land beschränkt bleibt, ein Schlag ins Wasser ist, und daß ohne die soziale Revolution in allen Ländern der sozialistische Staat eine Utopie, ein schöner Traum bleibt. Daher sind auch diese Kreise bemüht, auch nach England und Frankreich ihre Ideen zu bringen. Daß in England die ertrückende Mehrheit der Arbeiterschaft von solchen Experimenten nichts wissen will, dafür spricht das Programm, mit welchem die Arbeiterschaft in die Wahlen gezogen ist. Es lautet: „Vier Pfeiler sollen das neue Haus tragen: 1. Der gesetzliche Mindestlohn (National Minimum) und das Recht auf Arbeit. 2. Demokratische Kontrolle über die Industrie. 3. Wiederaufbau des Finanzwesens. 4. Überführung des „Surplus Wealth“ (Überschuß des Reichtums) an den Staat.“ Von einer allgemeinen Sozialisierung ist dort keine Rede und die englische Arbeiterschaft ist politisch und sozial so gebildet, daß sie solchen Utopien nicht nachjagt, mit wel-

chen die deutschösterreichische Sozialdemokratie die Arbeiter für einen roten Stimmzettel gewinnen will. Daß man ein Freund und warmer Vertreter der Arbeiterinteressen sein kann, ohne in der Sozialisierung das Heil der Welt zu erblicken, dafür spricht die Haltung der englischen Arbeiterpartei.

Das neue Bauernprogramm.

Eine gewaltige Schwentung haben die Sozialdemokraten in der Bauernfrage gemacht. Während sie früher den Grund und Boden des Bauernstandes vergesellschaftlichen wollten, erklären sie jetzt in ihrem Wahlprogramm, daß sie „das Eigentum des Bauern, der seine Scholle selbst bebaut, nicht antasten wollen“. Wohl in keiner Frage hat die Sozialdemokratie ihre Vergangenheit derart verleugnet, wie in dieser. Was durch Jahrzehnte als Evangelium verlündet wurde, wird heute verleugnet. Und eine solche Umwandlung vollzieht sich in einer Partei, die in prozenhafter Weise erklärte, ihr Programm sei das Ergebnis der unanfechtbaren Wissenschaft und einer naturnotwendigen Entwicklung. Bekanntlich hatte sich Marx, der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, kurzerhand mit der Agrarfrage abgefunden, indem er seine Theorien von der kapitalistischen Entwicklung der Industrie auf die Landwirtschaft übertrug, ohne auf die tiefgehenden Unterschiede des landwirtschaftlichen und industriellen Produktionsprozesses Rücksicht zu nehmen. Das Oberhaupt der strenggläubigen Sozialdemokraten, der Obergenosse Kautsky, hat ein interessantes, mit viel Scharfsinn geschriebenes Buch über die Agrarfrage herausgegeben, das die Lehren von der zunehmenden Verdrängung der kleinen Industriebetriebe durch die großen auf die Landwirtschaft überträgt. Er behauptete, daß der Kleinbetrieb gegenüber dem Großbetrieb rückständig sei. Die Tatsachen der Statistik, die eine Zunahme der Kleinbetriebe in der Landwirtschaft zeigen, hatten in seinen Augen keinen Wert. Er entgegnete, daß der Bauer nur deshalb noch nicht vom Großbetrieb aufgesogen sei, weil er sich überarbeite und zu armseelig lebe. Eine Lösung der Agrarfrage erwartete Kautsky nur von der Zusammenlegung der Grundstücke, vom genossenschaftlichen und kommunalen Großbetriebe. Kautsky konnte daher schreiben: „Das Agrarprogramm verlangt, daß wir dem Bauern auf dem